**(12) Positionen 3: Divergierende Strategien: Publizieren in Deutschland, vom Exil aus Anklage erheben – oder schweigen?**

Aus der Außenperspektive geurteilt vermittelt das Schriftstellerexil im September 1933 den Eindruck von Geschlossenheit und Kampfesmut. Prominente Vertreter des Exils wie Heinrich Mann, Lion Feuchtwanger, Joseph Roth oder Ernst Toller, deren Person und Werk auch im Ausland Rang und Namen besitzen, erheben in einer Front Anklage gegen das Dritte Reich. In Einzelfragen sind sie unterschiedlicher Meinung; in der Auffassung, dass die gegenwärtige Situation ein gemeinsames Auftreten erfordere, sind sie sich jedoch einig. Sie werden unterstützt von namhaften französischen Autoren wie André Gide oder Jean Giraudoux oder englischsprachigen Autoren wie Aldous Huxley oder Sinclair Lewis.

Der äußere Eindruck täuscht jedoch. Die Haltung, die Feuchtwanger, Toller oder Heinrich Mann vertraten, wurde nicht von allen Schriftstellern geteilt. Der Grund waren Animositäten, differierende politische Einschätzungen, in vielen Fällen auch ein anderes Politikverständnis. Wie eine Tagebuchnotiz vom 2. April 1933 zeigt, war es Thomas Mann z.B. nicht möglich, sich als „Emigrant“ wie „Kerr und Tucholski [!]“ zu verstehen. [[1]](#footnote-1) Dabei hatte Thomas Mann sich schon früh, im Verlaufe einer Auslandsreise unmittelbar nach der „Machtergreifung“, entschlossen, nicht mehr nach Deutschland zurückzukehren. Trotzdem sah er sich lieber in Gemeinschaft mit Hermann Hesse, der auch unter den aktuellen Bedingungen weiter Autor des S. Fischer Verlages bleiben wollte, als mit seinem Bruder Heinrich, mit Feuchtwanger oder Toller – und dies, obwohl der Entschluss, im Ausland zu bleiben, auf den dringenden Rat seiner Kinder Erika und Klaus erfolgt war, die sich selbstverständlich dem Exil zuzählten.

Ausschlaggebend für Thomas Manns Verhalten dürfte gewesen sein, dass der S. Fischer Verlag versuchte, seine Arbeit unverändert fortzusetzen. Das war jedoch nicht ohne direkte oder indirekte Zugeständnisse an die nationalsozialistischen Machthaber möglich.[[2]](#footnote-2) Dazu gehörte auch, dass der Verlag seinen Autoren politische Zurückhaltung abverlangte. Natürlich hätte Gottfried Bermann Fischer, der Verlagsleiter, sich diesen Pressionen widersetzen können. Dazu wäre jedoch ein hohes Maß an Zivilcourage erforderlich gewesen, ebenso Durchsetzungsvermögen im engeren Kreis der Familie, denn Samuel Fischer, Gründer des Verlags und Schwiegervater Bermann Fischers, lehnte eine Verlagerung ins Exil ab. Bermann Fischer verfügte jedoch über keine der beiden Eigenschaften. Im Gegenteil – er versuchte, wie aus dem Briefwechsel mit Ferdinand Bruckner deutlich wird,[[3]](#footnote-3) mit allen legitimen und nicht legitimen Mitteln, die Autoren im Verlag zu halten, obwohl die Sachlage dagegen sprach. In problematischer Weise instrumentalisierte er dabei das z.T. stark persönlich bestimmte Vertrauensverhältnis zwischen den verantwortlichen Mitarbeitern des Verlages und den Autoren. Im Verkehr mit den exilierten Autoren hob er hervor, dass der S. Fischer Verlag ein „jüdischer“ Verlag sei, der unverändert an der bislang vertretenen politischen Position festhalte.[[4]](#footnote-4) Er unterstellte damit eine gemeinsame politische Grundeinstelllung sowie eine gemeinsame Interessenlage zwischen dem Verlag und den Autoren. In Wirklichkeit gab es diese Gemeinsamkeit nicht, denn der Verlag konnte die Bücher der Exilanten nicht länger betreuen. Auch die politische Einstellung Bermann Fischers unterschied sich deutlich von der des Exils. Die Aktivitäten des Exils nannte Bermann Fischer „oberflächliche[n] Kläfferei“.[[5]](#footnote-5)

Bermann Fischer manipulierte die Autoren. Als der Name Thomas Mann im Impressum des ersten Heftes von Klaus Manns Exil-Zeitschrift *Die Sammlung* als zukünftiger Beiträger genannt wurde, schickte er Samuel Saenger, den langjährigen Herausgeber der *Neuen Rundschau*, mit dem Auftrag zu Thomas Mann, darauf hinzuwirken, dass dieser sich von der *Sammlung* distanziere. Thomas Mann empfand das Verlangen als Zumutung. Die entsprechende Erklärung, die er vermutlich nur aufgrund des Vertrauens auf die Richtigkeit der Auskunft abgab, dass die Distanzierung für das Überleben des Verlages unbedingt erforderlich sei, wurde vom Verlag umgehend an die „Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums“ weitergeleitet, die sie ihrerseits sofort veröffentlichte.[[6]](#footnote-6) Das war ein Eklat sondergleichen, eine Desavouierung des Exils seitens Thomas Manns und der anderen Beteiligten,[[7]](#footnote-7) die in der Exilpresse auch entsprechend kommentiert wurde und dem Ansehen Thomas Manns in hohem Maße abträglich war.[[8]](#footnote-8)

Während die Autoren, die in der Affäre um *Die Sammlung* im Zentrum der Kritik standen, später ihre Haltung revidierten – im Falle Döblins bereits nach wenigen Monaten, als die familiäre Situation, die der Anlass für Döblins Nachgiebigkeit gewesen war, sich geändert hatte, im Falle Thomas Manns Anfang 1936, als Bermann Fischer den Verlag ins Ausland verlagerte –, war die Entscheidung, öffentliche Äußerungen konsequent zu verweigern, für zwei Schriftsteller: für Kurt Tucholsky und Karl Kraus, von grundsätzlicher Bedeutung. Die Motive differierten, programmatische Bedeutung aber hatten sie in beiden Fällen. Bei Kraus resultierte die Entscheidung aus politischen wie künstlerischen Erwägungen, bei Tucholsky ganz und gar aus politischen.

Kurt Tucholsky war schon früh, Mitte der 20er Jahre, zu der Überzeugung gelangt, dass die politische Entwicklung in Deutschland einen fatalen Verlauf nehme. Er war der Auffassung, erkennbar in seinen Beiträgen für die *Weltbühne*, dass es in Deutschland für Anhänger der Republik, speziell für entschiedene Pazifisten, keinen rechtlichen oder praktischen Schutz mehr gebe. Das Anwachsen der antidemokratischen Kräfte war aus seiner Sicht längst zu einer akuten Bedrohung geworden. Diese Kräfte, so Tucholskys Urteil, waren im Staatsapparat und in der Justiz inzwischen derartig fest verankert, dass Rechtssicherheit und rechtlicher Schutz nicht mehr gewährleistet waren. Er war sich der Tatsache bewusst, dass er als prominenter „Kulturjude“ – so die diffamierende Bezeichnung für Schriftsteller wie Kerr und ihn[[9]](#footnote-9) – im Zentrum der nationalistischen Agitation stand. Einen weiteren Aufenthalt in Deutschland sah er deshalb als unmittelbare Gefahr an. Aufgrund dieser Erkenntnis hielt sich Tucholsky seit Mitte der 20er Jahre vorwiegend im Ausland auf. Im Herbst 1929 verlegte er seinen Wohnsitz nach Schweden, nach Hindås. Sogar zum *Weltbühnen*-Prozess von 1931 kehrte er nicht nach Deutschland zurück. „Märtyrertum“ war für ihn absolut sinnlos.

Diese Überzeugungen verfestigten sich in der Phase der Präsidialkabinette weiter. Die nationalsozialistische Regierungsübernahme verstand Tucholsky als Bestätigung seiner Analyse. Der Terror, der unmittelbar nach dem 30. Januar einsetzte und der das auslösende Moment für die erste Fluchtwelle war, bekräftigte ihn in der Prognose, dass die Entwicklung von jetzt an mehr oder weniger unabänderlich in eine Katastrophe einmünden werde, und zwar unabhängig davon, wie das Exil politisch agieren würde. Diesen – voraussehbaren – Verlauf wollte Tucholsky jedoch nicht mit öffentlichen Kommentierungen begleiten, die sich zwangsläufig nicht nur gegen den Nationalsozialismus, sondern auch gegen die Politik der westlichen Demokratien und die der Sowjetunion, vor allem aber *gegen das Exil selber* richten mussten. Tucholsky kannte die Mentalität der führenden Vertreter sowohl des Parteien- als auch des Schriftstellerexils. Er hatte kein Vertrauen in ihr Urteilsvermögen und ihre Standfestigkeit. Den Herausforderungen, denen sie aufgrund der Entwicklung ausgesetzt sein würden, waren sie, so Tucholskys Überzeugung, nicht gewachsen. Von persönlichen Äußerungen zu den Vorgängen versprach er sich keinerlei Wirkung. Im *privaten* Bereich, in den *Q-Tagebüchern*, den Briefen an Hedwig Müller, äußerte er sich jedoch durchaus zum Geschehen.

Für Tucholsky steht Anfang 1933 fest, dass SPD und KPD aufgrund der von ihnen in der Endphase der Weimarer Republik vertretenen Politik versagt haben. Unabhängig davon, ob die beiden Parteien ihre Politik nunmehr ändern oder nicht – entscheidend für die weitere Entwicklung in Deutschland ist aus der Perspektive Tucholskys die *Passivität und Indolenz des Bürgertums*, für ihn ein charakteristisches Merkmal der deutschen Gesellschaft, und zwar des jüdischen wie des nichtjüdischen Bürgertums. Das Bürgertum, so Tucholsky, habe bereits bei anderen Ereignissen: vor allem den Vorkommnissen im Mai 1929,[[10]](#footnote-10) mit Passivität reagiert. Er prognostiziert deshalb, dass es auch den offenen Terror des Nationalsozialismus bald als Teil gesellschaftlicher Normalität und nicht mehr als Bruch der Verfassung und des Rechtsstaats verstehen werde.

Diese Anmerkungen zur aktuellen Politik und ihrer Entwicklung formuliert Tucholsky in Briefen an seinen engen Freund Walter Hasenclever. Aus ihnen wird erkennbar, wie sehr Tucholskys „Schweigen“ ein Resultat seiner politischen Analyse und seiner Einschätzung der weiteren Entwicklung ist. – Bemerkenswert ist vor allem ein Brief an Hasenclever vom 4. März 1933, also aus der frühesten Phase der Diktatur. Der Ausgangspunkt ist dabei Tucholskys Einschätzung des kommunistischen Widerstands. Er geht davon aus, dass es Tote geben wird, dass aber nach einem ersten Erschrecken der Kommentar folgen wird: „So schlimm ist es nun auch wieder nicht“:

„Ich glaube nach wie vor nicht an extrem blutige Sachen in Deutschland. Es kann aufflackernde kommunistische Putsche geben, die werden blutig unterdrückt, 80 Tote, und 80 nutzlose Tote. Dann aber Totenstille. Dann setzt etwas viel, viel Schlimmeres ein: nach dem Spiel ‚Das dürfen die Leute ja gar nicht!‘ kommt das Spiel: ‚Ich weiß gar nicht, was Sie wollen – so schlimm ist es nun auch wieder nicht!‘ Das möchte ich nicht mitspielen, und ich werde es nicht mitspielen.“[[11]](#footnote-11)

Auch hier ist Tucholskys Thema die Indolenz des Bürgertums. Über die Rolle der SPD und der Gewerkschaften äußert sich Tucholsky nicht – hinsichtlich ihres Verhaltens gibt er sich keinen Illusionen hin. Das Bürgertum jedoch ist wichtig, weil nur entschiedene Proteste des Bürgertums dem Handeln der NS-Regierung Schranken setzen könnten. In dieser Phase der NS-Herrschaft beruht die Macht der Regierung noch nicht auf der völligen Beherrschung des politischen, vor allem nicht des militärischen Machtapparates, sondern auf dem von keinen Protesten unterbrochenem Schweigen der bürgerlichen Öffentlichkeit zu den Geschehnissen.

Zu den kommunistischen Aufständen, die Tucholsky prognostiziert, kommt es jedoch nicht. *Im Auftreten* hat sich die KPD in der Weimarer Republik militant gegeben; in Wirklichkeit ist sie jedoch auf die Möglichkeit einer Diktatur und damit auf das Erfordernis sofortigen, *öffentlichen Widerstands* nicht vorbereitet. Die KPD, politisch geschwächt, ist 1933 vielmehr nach wenigen Wochen gezwungen, in die Illegalität zu gehen. Als zutreffend erweist sich jedoch Tucholskys Einschätzung, dass der Terror über kurz oder lang jeden Gedanken an Widerstand brechen wird. Über die Zahl der Opfer täuscht sich Tucholsky; er setzt sie viel zu niedrig an. Allein im Jahr 1933 ist sie um ein Vielfaches höher. Erneut richtig ist jedoch seine Prognose hinsichtlich der nachfolgenden Entwicklung. Die Diktatur wird im Inland wie im Ausland über kurz oder lang akzeptiert. Sie wird „geschäftsfähig“. Auf den Terror folgt dann tatsächlich „Totenstille“, auf die Totenstille die gut organisierte „Normalität“. Im Falle des Dritten Reiches sind das die makabren Begleiterscheinungen, unter denen die Olympischen Spiele stattfinden: der ausbleibende Protest, dass jüdische Sportler de facto von den Spielen ausgeschlossen sind, speziell aber die Verbeugung der ausländischen Sportler und Gäste vor dem Diktator und der Diktatur.

 Tucholsky ist Schriftsteller; sein Augenmerk richtet sich deshalb auch auf die Presse und auf das Reagieren der Verlage. Speziell das Verhalten der einflussreichen jüdischen Zeitungsverleger steht hier im Zentrum seiner Kritik. Tucholsky vermisst nicht nur Mut, sondern vor allem *Anstand*. – In einem Brief vom 11. April 1933 geht Tucholsky speziell auf das Verhalten von Hans Lachmann-Mosse, des Generalbevollmächtigten des Mosse-Verlages, ein. Er konstatiert die Ohnmacht von Lachmann-Mosse gegenüber den Umständen, aber er vermisst den „Stolz“, die Wahrung von Selbstachtung:

„Die Juden haben sich nicht nur gedemütigt, sondern sie haben … also man kann das mit keinem appetitlichen Bild sagen, was sie getan haben. Und nun kommt die Hauptsache: es nützt ihnen gar nichts. Das ‚Berliner Tageblatt‘ ist expropriiert – [Hans] Lachmann-Mosse hätte also auch in Schönheit zu Grunde gehen können. ‚Ich bin stolz darauf, daß ich a Jud bin – wenn ich nicht stolz bin, bin ich auch a Jud – da bin ich schon lieber gleich stolz!‘ Nichts davon.“[[12]](#footnote-12)

Was Tucholsky zutiefst verstört, ist die „Wendriner“-Mentalität des jüdischen Bürgertums. Er sieht zwar die Fakten: Einschüchterung und Erpressung, aber er verlangt von den Betroffenen eine Haltung, die angesichts der offenen wie der verdeckten Gewalt erwartet werden kann. – Im nachfolgenden Absatz geht Tucholsky aus anderer Perspektive auf den Terror ein, der ihm in seinem Ausmaß nunmehr bewusst geworden ist. Dem Terror wird – so prognostiziert er – eine mehr oder weniger ‚lautlose‘, *in Schüben* erfolgende Vertreibung der jüdischen Bevölkerung folgen. Der Tatsache, dass die Vertreibung bevorsteht, ist sich Tucholsky sicher.[[13]](#footnote-13) Wenn sie jedoch ohnehin erfolgt, so Tucholsky, dann wäre es besser, sie erfolgte *sofort*. Weil dies jedoch nicht geschieht, befürchtet Tucholsky Schlimmeres:

„Was nun kommt, wird entsetzlich. Nämlich keine Greultaten. Es wäre viel besser gewesen, man hätte die 600 000 Juden exmittiert, das wäre klar und rein gewesen. Nun wird es schrecklich. […] Daß unsere Welt in Deutschland zu existieren aufgehört hat, brauche ich Ihnen wohl nicht zu sagen.“[[14]](#footnote-14)

Tucholsky sieht voraus, dass die von ihm erwartete langsame, mehr oder weniger unauffällige Vertreibung der Juden aus Deutschland im europäischen und außereuropäischen Ausland keinen nennenswerten Einspruch, keine politische Reaktion, hervorrufen wird. *Als Folge droht die Vernichtung der in Deutschland noch verbliebenen Juden.* Diese Konsequenz wird von Tucholsky zwar noch nicht formuliert, aber dass er im Rahmen seiner Überlegungen derartige Konsequenzen zumindest ins Auge fasst, liegt auf der Hand.

 Hoffnung darauf, dass die Emigrantenliteratur ein Widerpart des Dritten Reiches werden könnte, besteht für Tucholsky nicht. Er lehnt deshalb eine Beteiligung an der Exilliteratur mit Entschiedenheit ab:

„An einer etwa einsetzenden deutschen Emigrationsliteratur sollte man sich unter keinen Umständen beteiligen. Lieber Max [i.e. Walter Hasenclever], erstens wird es keine große Emigration geben, weil, anders wie damals bei der russischen, 1917, Europa nicht aufnahmefähig für solche Leute ist. Sie verhungern. Zweitens zerfallen sie, wie jede Emigration, und nun noch deutsche, in 676 kleine Grüppchen, die sich untereinander viel mehr bekämpfen werden als etwa alle zusammen Adofn (dem wir das *L* nun endgültig wegnehmen wollen) […].“[[15]](#footnote-15)

Auch diese Äußerung hat prognostischen Charakter. So entwickelte sich tatsächlich die Exilpolitik. Innerhalb einer zerstrittenen, dazu mehr oder weniger *realitätsblinden* Emigration will Tucholsky jedoch nicht die Position des ewigen Defätisten und Nörglers einnehmen.[[16]](#footnote-16) Das ist für ihn nicht so sehr Frage der fehlenden Außenwirkung als der Selbstachtung.

Tucholsky bezweifelt, dass die politische Führung des Exils die Tragweite der inzwischen eingetretenen Entwicklung überhaupt erfasst. Er wirft ihr Sentimentalität vor, die Sehnsucht nach dem früheren, bequemen Leben in Wohlstand und Behäbigkeit. Die Härte und Unerbittlichkeit des kommenden Geschehens ist sie nicht gewachsen. – In einem Brief aus dem Jahr 1935 äußert sich er sich dazu ebenso boshaft wie hellsichtig:

„Die Emigranten? Ihre geistige Kapazität ist schwach: denn da ist kaum einer darunter, der tabula rasa machte, der auch nur begriffen hätte, was denn da vor sich gegangen ist – sie hoffen fast alle nur auf den Augenblick, wieder bei Dobrin [einer Berliner Konditorei] zu sitzen und …“.[[17]](#footnote-17)

Schuld an dieser Entwicklung ist nicht zuletzt das Ausland, das dem Geschehen, das mit Notwendigkeit auf einen Krieg hinausläuft, ohne einzugreifen zusieht. Man ist zu „taktvoll“, um sich Hitler in den Weg zu stellen. Das ermöglicht es Deutschland, die Aufrüstung zu forcieren. In wenigen Jahren wird Deutschland daher für den kommenden Krieg gerüstet sein:

„Ich glaube nicht, daß Hitler kippt. Warum auch? Europa sieht, wie gelähmt, zu, wie der neue Krieg vorbereitet wird – die Kriegsindustrie hat zu tun, Herr Daladier ist taktvoll, das Foreign Office eiskalt, und so kommen die drei Jahre zustande, die jenner braucht, um loszuschlagen. Meine Überzeugung, daß er diesen Krieg gewinnt, wächst immer mehr. Dann sollten wir vielleicht sehn, was in Bali frei ist – denn ein Europa, in dem die Deutschen als stolze Sieger herumlaufen … das wohl lieber nicht.“[[18]](#footnote-18)

Tucholsky formuliert diese Prognose bereits in einem Brief vom 17. August 1933. Klarer kann man die Entwicklung – Ludolf Herbst hat sie „Außenpolitik zur Abschirmung der Aufrüstung“ genannt[[19]](#footnote-19) – kaum diagnostizieren. Er weiß, dass kaum jemand seinen Befürchtungen Glauben schenkt.

Die politische Entwicklung lässt aus der Sicht Tucholskys keinen Raum für Hoffnungen und Optimismus. Bereits den Brief vom 4. März 1933 unterzeichnet er deshalb in einer Form, die seiner Distanz gegenüber der Öffentlichkeit und allen nur denkbaren Formen öffentlicher Äußerung unmissverständlich Ausdruck verleiht:

„ehemal. Mitglied der deutschen Republik / aufgehörter Dichter“.

Als „aufgehörter Dichter“ sieht sich Tucholsky nicht mehr in der Pflicht, eine öffentliche Stellungnahme abzugeben. Er weiß, dass er mit seinen Urteilen und Prognosen innerhalb der politischen und der literarischen Emigration isoliert ist. In die Rolle einer Kassandra aber möchte er sich nicht begeben; er verordnet sich konsequenterweise Schweigen. Er will seine Exilgefährten nicht belehren. Für ihn ist das Schweigen eine Form von Höflichkeit, zudem das Eingeständnis der Ohnmacht:

„Werde ich erst amal das Maul halten. Gegen einen Ozean pfeift man nicht an.“

Der „Ozean“ – das ist die Gewalt des Terrors; es sind aber die Folgen der Indolenz, mit der das deutsche Bürgertum ebenso wie das europäische Ausland den Terror und die aus ihm erwachsenden Gefahren aus dem Bewusstsein verdrängen.

Tucholsky ist, als er dies schreibt, seit Längerem krank; er leidet unter Depressionen. Für ihn haben sich Voraussagen erfüllt, von denen er gehofft hatte, sie würden nicht Wirklichkeit werden. Umso stärker ist jetzt der Wunsch, *keine* weiteren Prognosen formulieren zu müssen. Ohnehin wäre er mit den Überzeugungen, die er in seinen Briefen an Hasenclever formuliert, innerhalb des Exils sofort ins Zentrum heftigster Kontroversen geraten. Das jedoch hätte nicht nur ihm persönlich, sondern auch der Sache geschadet.

Zweifel an der Wirksamkeit des eigenen künstlerischen Instrumentariums: der sprachkritischen Analyse öffentlicher, journalistischer wie amtlicher Zeitdokumente, waren für Karl Kraus Grund für sein Schweigen. Kraus war der Auffassung, dass angesichts des Geschehens, das zu kommentieren sei, die satirisch-polemische Analyse hinter der Aussagekraft der Ereignisse zurückbleibe. Sein Schweigen war innerhalb des Exils Gegenstand intensiver Debatten. Sie waren überwiegend polemisch geprägt, denn Kraus hatte in der Weimarer Republik als konservativer Zeitkritiker viele Bewunderer, aber mindestens ebenso viele Gegner gehabt.

 Anders als Tucholsky hatte Karl Kraus zunächst keineswegs die Absicht, sich stillschweigend aus der Öffentlichkeit zurückzuziehen. Das letzte Heft der *Die Fackel[[20]](#footnote-20)* war Ende Dezember 1932 ausgeliefert worden. Es folgte eine dreivierteljährige Pause, bis im Oktober 1933 Heft Nr. 888 erschien. Während dieses Dreivierteljahres bereitete Kraus eine öffentliche Stellungnahme zum aktuellen Geschehen vor; er nahm jedoch davon Abstand, den bereits gesetzten Text zu publizieren. Er wurde erst posthum unter dem Titel *Die Dritte Walpurgisnacht* veröffentlicht.

Das Heft 888 der *Fackel* umfasste nur 4 Seiten. Zweieinhalb Seiten waren Kraus‘ Grabrede für den Architekten Adolf Loos gewidmet; die vierte Seite enthielt ein zehnzeiliges Gedicht. Wer Kraus gut kannte, sah in diesem Gedicht die Gründe für sein Verstummen formuliert. Bei seinen Gegnern jedoch stieß das Gedicht jedoch auf Unverständnis:

„Man frage nicht, was all die Zeit ich machte.

Ich bleibe stumm;

und sage nicht, warum.

Und Stille gibt es, da die Erde krachte.

Kein Wort, das traf;

man spricht nur aus dem Schlaf.

Und träumt von einer Sonne, welche lachte.

Es geht vorbei;

nachher war’s einerlei.

Das Wort entschlief, als jene Welt erwachte.“

Dass der wortgewaltige Polemiker Karl Kraus auf den Nationalsozialismus mit Schweigen reagieren würde, war für seine Gegner nicht nachvollziehbar. Egal, welches Geschehnis zu kommentieren war – Kraus war während seiner jahrzehntelangen Tätigkeit *niemals* um eine Formulierung verlegen gewesen. Angesichts der Vorkommisse wurde sein Schweigen also – wie im Falle von Thomas Mann – als unverständlich, wenn nicht gar als Distanzierung gegenüber der Emigration verstanden. – Kraus beließ es freilich nicht beim Schweigen. In einem umfangreichen Heft[[21]](#footnote-21) „Warum die Fackel nicht erscheint“ – so der Titel dieses Heftes – begründete er ausführlich sein Verstummen.

Um diese Begründung zu verstehen, ist zunächst einmal ein Blick auf den ursprünglich vorbereiteten Text, die *Dritte Walpurgisnacht,* erforderlich. Kraus hatte mit Akribie eine kaum überschaubare Menge von Belegen zur Politik, dem öffentlichen Auftreten der führenden Repräsentanten des Nationalsozialismus, vor allem aber zum nationalsozialistischen Terror zusammengetragen. Seine Quellen waren der *Völkische Beobachter* und *Der Stürmer,* also die nationalsozialistische Presse, die innerdeutsche bürgerliche Presse und die Exilpresse, dazu Flugblätter, Erlasse und Verordnungen, Auszüge aus Gerichts- und Anwaltskorrespondenzen, öffentliche Stellungnahmen von Schriftstellern wie Benn und vieles weitere, darunter auch Todesanzeigen wie diese:

„*Durch ein Mißverständnis* wurde mir mein Mann entrissen. Um stilles Beileid bittet - - “.[[22]](#footnote-22)

Dieses Konvolut hatte Kraus mit Hilfe subtil ausgewählter Zitate aus dem *Faust* zur Kollage eines historischen „Hexensabbats“, eben der *Dritten Walpurgisnacht*, geformt. Es war ein Text, der – charakteristisch für den Polemiker und Analytiker Kraus – *auf minutiöser* *Sprachkritik* basierte. Kraus analysierte das politische Geschehen, das sich nach dem 30. Januar 1933 innerhalb und außerhalb Deutschlands vollzog, *im Spiegel der* einschlägigen *sprachlichen* Zeugnisse und Belege. Der Maßstab, an dem er sich orientiert, ist zum einen die Sprache der europäischen Klassik, vor allem Goethes und Shakespeares, zum anderen der virtuose Witz von Autoren wie Nestroy und Offenbach.

 Die *Dritte Walpurgisnacht* ist aufgrund der Anschaulichkeit und Breite der Belege ein faszinierender Text. Er spiegelt zeit- und sozialgeschichtlich relevante *Bewusstseinshaltungen*, und zwar der Täter wie der Opfer, der akklamierenden ‚Unbeteiligten‘ und ‚Mitläufer‘, der hilflosen Angehörigen der Opfer wie die der Gegner des NS-Regimes. Es hat länger als ein halbes Jahrhundert gedauert, bis Dokumentationen von auch nur halbwegs ähnlichem Rang publiziert wurden.

Weshalb er diesen Text *nicht* veröffentlichte, erklärt Karl Kraus in Heft 890-905 der *Fackel*. Ausschlaggebend dürfte gewesen sein, dass er befürchtete, durch die Publikation potentielle Leser innerhalb Deutschlands zu gefährden.[[23]](#footnote-23) Wie Heinrich Fischer in einem Nachwort berichtet, glaubte er auch, dass speziell Goebbels, dessen Persönlichkeit in der *Dritten Walpurgisnacht* subtil analysiert wird,[[24]](#footnote-24) mit Racheakten an Unbeteiligten reagieren könnte. Ein weiterer Grund ist vermutlich die von Karl Kraus in Bezug auf das Exil mehrfach erwähnte „Kraftlosigkeit des Protestes“.[[25]](#footnote-25) Als „kraftlos“ versteht er auch die eigene Satire. Kraus spricht von „Papierbarrikaden“. Angesichts eines für ihn nicht mehr fassbaren Geschehens hat für ihn sogar die Sprache, sein ureigenes analytisches Instrument, ihre spezielle schöpferische, die bloße Empirie bezwingende Wirkung verloren. Sie wird der Wirklichkeit nicht mehr gerecht, da die Gewalt des Geschehens eindringlicher ist als die sprachliche Formulierung. Die Sprache zeichnet das Geschehen nur noch nach, anstatt seine *Bedeutung* zu analysieren und ins Bewusstsein zu heben: „Kein Wort, das traf; / man spricht nur aus dem Schlaf.“ Daraus folgt der Schluss: „Das Wort entschlief, als jene Welt erwachte.“ Das „polemische Kunstwerk“ ist, wie Kraus sagt,[[26]](#footnote-26) in der gegebenen Situation ein *ungeeignetes* Instrument.

Die Gegner von Karl Kraus, von denen es gerade im Exil sehr viele gab, haben Anstoß an der Verweigerung einer Stellungnahme zu den Geschehnissen im Dritten Reich genommen. Seine Formulierungen, sein Verhalten und seine politischen Sympathien für den österreichischen „Ständestaat“, die er unter dem Eindruck des Nationalsozialismus und der damit vorhandenen Gefahr einer Expansion nach Österreich entwickelte, gaben immer wieder Anlass zu gehässigen, persönlich gefärbten Invektiven.[[27]](#footnote-27)

Bezeichnenderweise war es jedoch Brecht, der Karl Kraus vor diesen Angriffen mit einem überaus eindringlichen Gedicht in Schutz nahm. Brecht nahm die Ambivalenz in der Persönlichkeit von Kraus wahr – die Egozentrik wie den moralischen Rigorismus, der in diesem Fall die Egozentrik in den Hintergrund drängte, was zur Folge hatte, dass Kraus sich selber „Schweigen“ auferlegte:

„Als der Beredte sich entschuldigte

Daß seine Stimme versage

Trat das Schweigen vor den Richtertisch

Nahm das Tuch vom Antlitz und

Gab sich zu erkennen als Zeuge.“

Das Schweigen war angesichts des politischen Geschehens eine angemessene Form des Protestes. Um als Protest jedoch verstanden zu werden, bedurfte es seitens des Schweigenden Glaubwürdigkeit und Autorität. In dieser Frage waren die Urteile des Exils jedoch geteilt.

1. Tagebucheintrag: Lugano, 2. April 1933. [↑](#footnote-ref-1)
2. Hans-Albert Walter weist darauf hin, dass Peter Suhrkamp die Veröffentlichung von Thomas Manns Entgegnung auf den „Protest der Richard-Wagner-Stadt München“, seine „Antwort an Hans Pfitzner“, in der Verlagszeitschrift des S. Fischer Verlages, der *Neuen* *Rundschau*, mit dem Hinweis ein verspätetes Eintreffen des Manuskripts hintertrieb. Das war zweifelsfrei ein Zugeständnis an die Regierung. Vgl. Hans-Albert Walter: *Fritz H. Landshoff und der Querido Verlag 1933-1950,* S. 40, 50 f. – Die Aufsätze, die Peter Suhrkamp in der *Neuen Rundschau* im Jahr 1933 veröffentlichte, wurden von Klaus Mann und anderen als Anbiederung an das Dritte Reich verstanden. [↑](#footnote-ref-2)
3. Abgedruckt in *alternative* 52 (Februar 1967), S. 7-14. - Bermann Fischer lobte in einem Brief vom 31. Dezember 1933 Bruckners neues Drama *Die Rassen* in höchsten Tönen – den Tatbestand, dass Bruckners Werke damit in Deutschland nicht mehr verlegt werden konnten, ließ er unerwähnt. Bruckner wollte Klarheit über die Situation haben, aber Bermann Fischer vermied jede Festlegung. – Auf diesen Sachverhalt gehe ich im Kap. „Positionen IV“ noch ausführlich ein. [↑](#footnote-ref-3)
4. Ebd., S. 10 (Brief vom 4. Januar 1934 an Ferdinand Bruckner). [↑](#footnote-ref-4)
5. Ebd., S. 7 (Brief vom 31. Dezember 1933 an Ferdinand Bruckner). [↑](#footnote-ref-5)
6. Wie Thomas Mann war auch Stefan Zweig Pressionen seines deutschen Verlages ausgesetzt. [↑](#footnote-ref-6)
7. Ebenfalls involviert waren Alfred Döblin und René Schickele. Anders als für Schickele, für den finanzielle Nachteile ausschlaggebend waren, standen für Döblin familiäre Rücksichtnahmen im Vordergrund: Ein Sohn von Döblin befand sich zu dieser Zeit noch in Deutschland. Döblin befürchtete nicht ohne Grund Sanktionen. – Auch Ödön von. Horváth zog seine Zusage zurück. Er wollte in der *Sammlung* nicht publizieren, weil er sich – allerdings erfolglos – um Aufnahme in die Reichsschrifttumskammer bemühte. Klaus Mann reagierte auf diese Absagen mit Diskretion. [↑](#footnote-ref-7)
8. Auch die Antworten von Döblin und Schickele ihre wurden von der Reichsstelle zitiert. [↑](#footnote-ref-8)
9. Die Werke von Kerr und Tucholsky wurden am 10. Mai auf dem Berliner Opernplatz verbrannt; beide Autoren stehen auf der ersten Ausbürgerungsliste vom 23. August 1933. [↑](#footnote-ref-9)
10. 1929 war für die traditionellen Mai-Aufmärschen der Arbeiterschaft vom Berliner Polizeipräsidenten Zörgiebel – um Ausschreitungen zu vermeiden –ein Demonstrationsverbot erlassen worden. Als KPD-Mitglieder trotzdem aufmarschierten, wurde von der Polizei geschossen. Bei den Unruhen wurden 33 Zivilisten getötet, 198 verletzt. Bei der Polizei gab es 47 Verletzte. [↑](#footnote-ref-10)
11. Kurt Tucholsky: *Politische Briefe.* Reinbek 1969, S. 11. [↑](#footnote-ref-11)
12. A.a.O., S. 15. – Tucholskys abfälliges Urteil bezieht sich vermutlich auf die Entlassung Theodor Wolffs durch Hans Lachmann-Mosse. Wolff hatte nach dem Reichstagsbrand die nationalsozialistische Regierung im *Berliner Tageblatt* in einem Leitartikel leidenschaftlich angegriffen und in Hinblick auf die Wahlen am 5. März gesagt: „Jeder, der in Freiheit, Sicherheit, Rechtsgleichheit und Heimatglück die höchsten Lebensgüter sieht, wird seine Stimme denjenigen geben, mit denen er sich einig in diesen Ideen fühlt geht hin und wählt!“ Daraufhin schrieb Lachmann-Mosse an Wolff: „Wahre Demokratie und Gerechtigkeit verlangen, dass positive Leistungen des Staates, auch dann, wenn dieser Staat eine wesentlich andere Gestalt angenommen hat, sachliche Anerkennung erfahren. Ich kann mir nicht denken, dass Sie sich der Gefahr aussetzen wollen, von der Öffentlichkeit missverstanden zu werden, wenn Sie das ,Berliner Tageblatt' auch dann noch verantwortlich zeichnen wollen.“ ([www.welt.de/print-welt/.../Theodor\_Wolff\_entlassen.html](http://www.welt.de/print-welt/.../Theodor_Wolff_entlassen.html), Zugriff 6. Nov. 2010) - George Mosse, Hans Lachmann-Mosses Sohn, berichtet, dass sein Vater von den Nationalsozialisten „mit der Pistole“ unter Druck gesetzt wurde, den Besitz, also vor allem das *Berliner Tageblatt*, auf eine von Nazis kontrollierte Stiftung zu überschreiben. Dies sei zur Tarnung geschehen, da es sich um eine Überschreibung, aber nicht um eine Enteignung handelte. Vgl. Irene Runge/Uwe Stelbrink: *George Mosse: „Ich bleibe Emigrant“.* Gespräche mit George L. Mosse. Berlin 1991, S. 28. [↑](#footnote-ref-12)
13. Diese Überzeugung wurde auch von Joseph Roth geteilte. Vgl. Joseph Roth: *Briefe 1911 – 1939*. Hrsg. von Hermann Kesten. Köln/Berlin 1970, S. 249 (Brief an Stefan Zweig von Mitte Februar 1933). [↑](#footnote-ref-13)
14. Tucholsky*: Briefe*, S. 15 f. [↑](#footnote-ref-14)
15. A.a.O., S. 11. [↑](#footnote-ref-15)
16. „Drittens sollte man es nicht tun, weil es den Charakter verdirbt, man bekommt Falten um die Mundwinkel und wird, bei allem Respekt, eine leicht komische Figur.“Ebd. [↑](#footnote-ref-16)
17. S. 67. [↑](#footnote-ref-17)
18. S. 34. [↑](#footnote-ref-18)
19. Ludolf Herbst: *Das nationalsozialistische Deutschland 1933 – 1945.* Darmstadt 1997, S. 99 ff. [↑](#footnote-ref-19)
20. Nr. 885-887, Jg. 34. [↑](#footnote-ref-20)
21. Nr. 890-905 (Ende Juli 1934). [↑](#footnote-ref-21)
22. Karl Kraus: *Die Dritte Walpurgisnacht*. Hrsg. von Heinrich Fischer. München 1967, S. 97. – Die ausweichende Formulierung, der Hinweis auf das angebliche „Mißverständnis“, wird hier zur Anklage gegen die Täter und ihre Absichten. [↑](#footnote-ref-22)
23. Kraus wirft den sozialistischen deutschen Parteien mit aller Entschiedenheit vor, „Proletarierleben“ in Gefahr zu bringen, wenn illegales Schrifttum über die Grenze gebracht wird oder wenn illegales Schrifttum innerhalb Deutschlands entdeckt wird (S. 10 ff.und 17).Dieses Argument gilt natürlich auch für Kraus‘ eigene Publikation. [↑](#footnote-ref-23)
24. Heinrich Fischer: Anmerkungen. – In: Karl Kraus: *Die Dritte Walpurgisnacht*, S. 308. – Vgl. Karl Kraus: *Walpurgisnacht*, S. 41 – 51. [↑](#footnote-ref-24)
25. S. 16, 33 f. [↑](#footnote-ref-25)
26. S. 77. [↑](#footnote-ref-26)
27. Natürlich gab Kraus auch immer wieder Anlass zu solchen Invektiven. Er provozierte sie mit Absicht, denn sie waren ein Teil seiner Auseinandersetzung mit dem Journalismus – etwa, indem er einen Rechtsanwalt einschaltete, um zwei fehlende Kommata und einen falschen Großbuchstaben in dem Gedicht „Man frage nicht …“ zu berichtigen. Vgl. *Die Fackel* 889, „Nachrufe auf Karl Kraus“, vom Juli 1934. [↑](#footnote-ref-27)